Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure: für den innerpolitischen Theil: F. Hachfeld, für den übrigen redaktionellen Theil: E. R. Liebscher, beide in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 115

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 15. Februar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

49. Sitzung vom 14. Februar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Es wird zunächst fortgesetzt die am vorigen Mittwoch abgebrochene zweite Berathung der Anträge **Gröber** (Ctr.) und Gen. und **Rickert** (Freis. Vpt.) und Gen., betr. Abänderung des Wahlgesetzes (Sicherung des Wahlgeheimnisses durch Abgabe von Stimmzetteln in verschlossenen, abgestempelten Kouverts ꝛc.)

Abg. Frhr. **v. Heereman** (Ctr.) weist auf den Mangel der bis jetzt bestehenden Bestimmungen hin, die die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimniß nicht genügend verbürgten. Eine gesetzlich gesteigerte Festhaltung des Wahlgeheimnisses werde u. A. die Beeinflussung des Wählers durch die Sozialdemokratie einschränken.

Abg. Dr. **v. Marquardsen** (natl.) erklärt sich im Namen seiner Partei mit der Einführung geschlossener Kouverts einverstanden, wenn die Nationalliberalen auch nicht glaubten, daß so die Wahlfreiheit von Grund aus geschützt werde.

Abg **Rickert** (Freis. Vg.): Der Vorredner hat selbst zugegeben, daß die geschlossenen Kouverts nicht genügten. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß dem Wähler im Wahllokal Gelegenheit gegeben werde, einen Augenblick unbeobachtet zu sein, um den ihm genehmen Stimmzettel in den Umschlag zu stecken.

§ 11a., Stimmzettel in geschlossenen, amtlich abgestempelten Kouverts betreffend, wird gegen die Stimmen der Konservativen und Reichspartei angenommen.

Zu § 11b., Isolirraum bezw. Isolirtisch betreffend, bemerkt

Abg. **Bassermann** (natl.), diese Bestimmung sei praktisch schwer durchführbar. Man könne des Isolirraumes wegen keine Bauten ausführen. Redner bittet, die Bestimmung zu streichen.

Abg. **Dr. v. Marquardsen** (natl.), wendet sich ebenfalls gegen die Bestimmung.

Abg. Dr. **Barth** (Freis. Volksp.): Wollen Sie die Bestimmung wegen des Verschlages oder Isolirraums streichen, so wird der Zweck der geschlossenen Umschläge hinfällig. Andere Länder, so England, haben sehr gute Erfahrung mit dem Isolirraum gemacht. Einen solchen zu schaffen, wird selbst in den kleinsten Oertchen keine Schwierigkeit bereiten.

Abg. **Auer** (S.-D.) spricht sich im Sinne des Vorredners aus. Die Furcht, es könne sich behufs Beeinflussung Jemand im Isolirraum verbergen, sei doch zu lächerlich, um deswegen die Bestimmung anzugreifen.

Abg. **Gröber** (Ctr.) führt aus, der Isolirraum sei die einfache Konsequenz der Einführung des geschlossenen Kuverts. In Württemberg, wo man früher geschlossene Kuverts gehabt hätte, habe sich damals herausgestellt, daß trotzdem eine Beobachtung des Wählers möglich sei.

Abg. **Lenzmann** (Freis. Volksp.): Auch ich glaube nicht, daß geschlossene Kuverts genügen, und lege deshalb den Schwerpunkt auf den Isolirraum. Befürchtungen wegen eines sich versteckenden Wählers können doch nicht maßgebend sein. Es ist schon einmal ein rabiater Wähler mit der Wahlurne davongerannt; deshalb hat man doch nicht an die Abschaffung der Wahlurne gedacht! (Heiterkeit.) Je mehr wir das geheime Wahlrecht garantiren, desto mehr wird auch die Zahl der Wahlproteste abnehmen. (Redner giebt einige Beispiele zu dem Kapitel der unter dem jetzigen System üblichen Wahlbeeinflussungen).

Abg. Dr. **v. Marquardsen** (nl.) protestirt gegen die Annahme, die Nichtzustimmung zum Isolirparagraphen sei ein Symptom der Bekämpfung des freien Wahlrechts.

§ 11b wird mit großer Mehrheit angenommen.

§ 11d bestimmt, daß der Wähler sein Kuvert selbst in die Wahlurne legen soll.

Abg. **Bassermann** beantragt, der Wahlvorstand solle das Hineinlegen in die Urne veranlassen.

Der Antrag Bassermann wird abgelehnt, § 11d unverändert angenommen.

Zu § 11e (Schluß der Wahlhandlung) beantragt

Abg. **Casselmann** (Freis. Vpt.), daß nach 7 Uhr nur noch diejenigen Wähler zuzulassen sind, die vor Ablauf der 7. Nachmittagsstunde bereits im Wahllokal anwesend waren.

Der Antragsteller begründet seinen Antrag unter Hinweis u. a. darauf, daß es dringend zu wünschen sei, die nachträgliche Zulassung zum Wahlakt durchweg gleichmäßig zu regeln.

Abg. **Auer** (S.-D.) giebt zu, daß das Wahlreglement nach erwähnter Richtung eine verschiedene Handhabung zulasse. Persönlich will Redner dem Antrag Casselmann seine Zustimmung nicht sofort ertheilen, sondern sich erst bei der dritten Lesung schlüssig machen.

Abg. **Stephan** (Ctr.) erklärt, der Antrag Casselmann entspreche einem wirklichen Bedürfniß.

Abg. **Zubeil** (S.-D.) spricht sich persönlich zu Gunsten des Antrags Casselmann aus.

Abg. **Casselmann** bemerkt, sein Antrag bezwecke hauptsächlich, die säumigen Wähler zum rechtzeitigen Erscheinen an der Wahlurne zu veranlassen.

Abg. **Rickert** (Freis. Vgg.) bittet, für heute den Antrag zurückzuziehen und bis zur dritten Lesung in eine genehmere Fassung zu bringen.

§ 11 e und Antrag Casselmann wird angenommen.

Zu § 11 f (Aufzählung der für ungültig zu erklärenden Stimmzettel) beantragt

Abg. **Lenzmann** (Freis. Vp.): Auch solche Stimmzettel sind ungiltig zu erklären, deren Gewicht oder Größe von den amtlichen Gewichts- und Größebestimmungen erkennbar abweichen.

Zum Beleg der jetzigen Stimmzettelbehandlung vertheilt der Antragsteller unter die Mitglieder des Hauses mehrere Stimmzettel, die aus Pappedeckelpapier zurechtgeschnitten und so leicht erkennbar sind. Redner bittet zugleich, die „Zettel“ nicht verschwinden lassen zu wollen, da er sie zu den Wahlorten zu geben beabsichtige. (Heiterkeit.)

Abg. **Gröber** (Ctr.) hält den Antrag Lenzmann für überflüssig.

Der Antrag Lenzmann wird abgelehnt, § 11 f. und der Rest des Gesetzes angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Antrages Schroeder (Freis. Vgg.): Der Artikel 61 des allgem. deutschen Handelsgesetzbuchs wird, wie folgt, abgeändert: Das Dienstverhältniß zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsdiener kann von jedem Theile mit Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres nach vorangegangener sechswöchentlicher Kündigung aufgehoben werden. Vertragsmäßig ausgemachte Zeitdauer und Kündigungsfristen müssen auf beiden Seiten gleich sein. Beim Abgange können die Handlungsgehilfen ein Zeugniß über Art und Dauer ihrer Beschäftigung verlangen, welches auf Wunsch der Handlungsgehilfen auch auf Führung und Leistungen ausgedehnt werden kann.

Abg. **Schröder** begründet den Antrag unter Hinweis auf die vorjährigen Berathungen und die Bedürfnisse der Handlungsgehilfen.

Abg. **Singer** (S.-D.) befürwortet Erledigung im Plenum. Die Festsetzung einer Minimalkündigungsfrist hätte Redner gern gesehen, und stellt in Aussicht, er werde in zweiter Lesung einen diesbezüglichen Antrag, auf vier Wochen lautend, einbringen. Redner giebt des Weiteren Beispiele aus der jetzt zu Ungunsten der Handlungsgehilfen bestehenden Kündigungspraxis. Es sei endlich an der Zeit, daß der Vogelfreiheit der wirthschaftlich Schwachen dem Unternehmerthum gegenüber ein Ende gemacht werde. Die Minimalkündigungsfrist soll verhindern, daß ein Angestellter fast ohne Weiteres auf die Straße geworfen werden könne.

Abg. **Träger** (Freis. Vp.): Die Kalamität ist schwierig; der eine Theil, der der Angestellten, ist fast rechtlos zu nennen. Der in Aussicht gestellte Antrag Singer auf die Minimalkündigungsfrist von 4 Wochen ist mir sehr sympathisch, doch habe ich Bedenken in Bezug auf die Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs.

Abg. **Spahn** (Ctr.) führt aus, daß sich nicht für alle Berufszweige die gleiche Kündigungsfrist einführen lasse. Daß der Antrag Schröder gleiche Kündigungsfristen für Unternehmer und Angestellte einführen wolle, sei lobend anzuerkennen.

Abg. **Bassermann** (nl.) und **v. Buchka** (dk.) sprechen sich im Großen und Ganzen im Sinne des Antrages Schröder aus.

Abg. **Klemm** (Antis.) theilt mit, daß seine Fraktion dem Antrag zustimme und in zweiter Lesung für den in Aussicht gestellten Antrag Singer stimmen werde.

Damit schließt die Diskussion.

Das Haus tritt sogleich in die zweite Lesung des Antrages Schröder ein.

Nachdem Abg. **Schröder** noch einmal kurz für seinen Antrag eingetreten, vertagt sich das Haus auf Antrag Singer.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Postetat).

Schluß 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom 14. Februar, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Etatsberathung wird fortgesetzt mit dem Etat des Auswärtigen Amtes.

Die Budgetkommission beantragt, die Forderung einer Gehaltserhöhung um 6000 Mark für den preußischen Gesandten in Stuttgart abzulehnen.

Abg. **Mohr** (nl.): Das amtliche Handelsarchiv bringt auch die Konsulatsberichte über den deutschen Waarenverkehr in den Bezirken der einzelnen Konsuln. Diese Berichte müßten indeß nach einem einheitlichen System angefertigt werden. In dem Handelsarchiv kommen auch öfter Hinweise darauf vor, welche Waaren sich besonders zum Export für ein bestimmtes Land eignen. Da das Archiv käuflich ist, so kann jeder Ausländer davon Notiz nehmen. Es müßte daher die Einrichtung getroffen werden, daß diese Berichte nur bei den Handelskammern eingesehen werden können; die Diskretion würde von den Handelskammern gewahrt werden.

Geh. Rath **Reichardt:** Die Sache gehört eigentlich zum Auswärtigen Amt des Reichs. In das Handelsarchiv kommen nur unverfängliche Nachrichten. Die Jahresberichte der Konsulate werden doch überschätzt, sie sind nur dazu da, um retrospektive Erwägungen zu ermöglichen. Auch in Frankreich werden die Veröffentlichungen in ähnlicher Weise wie bei uns gemacht. Besonders wichtige Nachrichten werden den einzelnen Interessenten auf Wunsch mitgetheilt, aber die Berichte der Konsuln werden von zwei Referenten im Auswärtigen Amt behufs ihrer Veröffentlichung so bearbeitet, daß in das Handelsarchiv nichts kommt, was uns etwa in unserer Konkurrenz mit dem Auslande schaden könnte.

Geh. Rath **Humbert** plädirt für Bewilligung der 6000 Mark mit Rücksicht auf die Theuerungsverhältnisse in Stuttgart.

Abg. **v. Eynern** (ntl.): Wenn man einen Etat einbringt mit der Bemerkung, daß Sparsamkeit geübt worden ist, und mit der Aufforderung an das Haus, ebenfalls sparsam zu sein, so kann ich den Beschluß der Kommission nur billigen. Ich halte derartige Gesandtschafts-Einrichtungen nicht immer für die nothwendigsten, die Gehälter dieser Gesandten sind an sich schon sehr glänzend. Die Eisenbahnverwaltungen der Einzelstaaten haben ihre Kohlen und ihr Schienenmaterial vielfach vom Auslande statt aus Deutschland bezogen. Namentlich Bayern behandelt Preußen geradezu als Ausland. Die Gesandten an den kleinen Höfen sollten über solche Vorkommnisse an das auswärtige Amt berichten. Es handelt sich um weitgehende Interessen. Die Eisenindustrie leidet an Arbeitsmangel. Der Zollschutz genügt nicht, um die Belastungen der sozialpolitischen Gesetzgebung auszugleichen. Die Gesandten sollten dahin wirken, daß der Bedarf der Eisenbahnen nur in Deutschland bezogen werde, und dazu sind sie wohl im Stande.

Finanzminister Dr. **Miquel:** Man kann ja bei jedem Etat einen Zusammenhang mit allen Fragen der Welt künstlich konstruiren (Heiterkeit). Die vom Vorredner berührte Frage hängt nicht zusammen mit dem Etat für unseren Gesandten in Stuttgart. Herr v. Eynern hat sich selbst widerlegt, indem er zuerst die Nützlichkeit des Amtes bezweifelt und dann eine dasselbe betreffende wichtige Frage hervorhebt. Woher weiß der Vorredner denn, daß die Gesandten nicht über solche Dinge berichten? Falsch ist es, daß Bayern uns wie Ausländer behandelt. Deutsche Staaten sollen sich auch nicht als Ausländer betrachten, sondern sie sollen sich nur als Deutsche betrachten und danach handeln.

Geheimrath **Reichardt** bemerkt, daß die betreffenden preußischen Gesandten in sehr umfänglicher Weise an das Auswärtige Amt wirthschaftliche Berichte erstatteten und dies umsomehr thun mußten, als in den betr. Staaten keine Konsuln wären.

Finanzminister Dr. **Miquel** befürwortet noch einmal die Forderung der Regierung, weil bei dem jetzigen Gehalt der Gesandte aus eigenen Mitteln zuschießen mußte.

Abg. **v. Kröcher** (kons.): Die Ausführungen der Regierungsvertreter haben uns nicht überzeugen können. Sie haben hier nichts anderes gesagt als in der Kommission, und meine Partei bleibt bei ihrem Beschluß Wir haben in der diplomatischen Karriere sehr viel wohlhabende Herren, da kann man doch einen von denen hinschicken, die die nöthigen Zuschüsse aus eigenem Vermögen machen können. Die Verhältnisse eines solchen Gesandten sind so angenehm, daß es an einem Angebot nie fehlen wird. (Heiterkeit.) Unser Nimbus hängt doch nicht am Gelde.

Geheimrath **Humbert:** Der österreichische Gesandte in Stuttgart hat auch schon seit längerer Zeit eine Gehaltsaufbesserung bekommen. Man hat die preußische Gesandtschaft in einzelnen deutschen Staaten erhalten, weil wirthschaftliche und private preußische Interessen in Frage kommen, und weil der preußische Gesandte den König von Preußen, der zugleich deutscher Kaiser ist, vertreten soll. Es können Fälle vorkommen, wie Fürst Bismarck anerkannt hat, wo im Bundesrath Schwierigkeiten erwachsen und es nothwendig ist, daß die Gesandten an Ort und Stelle bei der betreffenden Bundesregierung gewissermaßen als Agenten der preußischen Vormacht diese Schwierigkeiten zu beseitigen suchen.

Abg. **v. Eynern** (nl.): Es ist erfreulich, daß von unseren Gesandten wirthschaftliche Berichte an das auswärtige Amt gelangen. Aber dann kommen sie entweder nicht an alle Minister oder sie sind nicht ausführlich genug. Ich hoffe also, daß diese Berichte in Zukunft besser fruktifizirt werden.

Abg. **van Vleuten** (Ctr.) erklärt, daß das Centrum bei seiner in der Kommission eingenommenen Stellung stehen bleiben und die geforderte Summe von 6000 M ablehnen würde.

Der Kommissionsbeschluß wird einstimmig angenommen. — Der Etat des Ministeriums des Auswärtigen wird im übrigen debattelos erledigt.

Es folgt der Etat der Münzverwaltung.

Abg. Dr. **Arendt** (fk.): Solche Zustände, wie wir sie jetzt im Münzwesen haben, haben nicht einmal in der Kipper- und Wipperzeit, in der Zeit der Nothprägung unter Friedrich dem Großen bestanden. Die Silbermünzen sind alle fast um 60 Prozent unterwerthig. Im Mai 1892 hatten wir 235½ Millionen Thaler in der Reichsbank. Das ist eine so große Zahl, daß die Vermuthung nahe liegt, es laufen viele falsche Nachprägungen um. Wenn man durchaus bei der Goldwährung bleiben will, so muß man die Konsequenzen ziehen und die Thalerstücke verkaufen. Das würde freilich eine halbe Milliarde kosten. Prägt man späterhin vollwerthige Silbermünzen aus, so würden sie bei dem niedrigen Preisstande zu groß und schwer werden. Man hat ja gerathen, etwas Gold mit hineinzuschmelzen. Das geht aber deswegen nicht, weil schon in nächster Zeit wahrscheinlich ein Goldmangel hervortreten wird.

Unterstaatssekretär **Meinecke**: Die Münzverhältnisse sind Reichssache, und der Vorredner hätte sich daher in seinen Ausführungen beschränken sollen. Die Prägung der Münzen ist nach dem Reichsmünzgesetz geregelt. Die Verhältnisse sind ja nicht so schlimm, weil ja Niemand mehr als 20 Mark in Silber in Zahlung zu nehmen braucht. Die Reichsverwaltung läßt nur so viel Silbermünzen prägen, als für die Bedürfnisse des Kleinverkehrs nothwendig ist. Die Besorgnisse des Vorredners sind also nicht gerechtfertigt.

Abg. **v. Eynern** (nl.): Die Rede des Abg. Dr. Arendt scheint von seinem Mißvergnügen herzurühren, daß er nicht zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden ist. (Unruhe und Widerspruch rechts.) Wenn man bis jetzt noch nicht zu Maßregeln gekommen ist, um vollwerthige Silbermünzen zu schaffen und den Silberpreis zu heben, so kommt das daher, daß innerhalb der Regierung sich über diese Frage noch keine feste Meinung gebildet hat. Durch die Preisschwankungen des Silbers sind viele Staaten in Kalamitäten verwickelt worden. Wenn wir davon verschont geblieben sind, so haben wir das unserer weisen Münzgesetzgebung von 1870 zu verdanken. Ohne England können wir für Hebung des Silberpreises nichts thun. Herr Dr. Arendt will es nicht wahr haben, daß das Fallen des Silberpreises auf die Ueberproduktion zurückzuführen ist. Das Silber unterliegt in seinem Werthe denselben Gesetzen wie alle anderen Waaren. Aus einer mir gestern zugegangenen Depesche aus Kalkutta geht hervor, daß die Engländer nicht auf ein Steigen des Silberpreises im nächsten Jahre rechnen und daraufhin bereits ihre kaufmännischen Spekulationen einrichten.

Abg. Dr. **Arendt**: Nach dem Reichsmünzgesetz liegt es in der Hand des Reichskanzlers, die Silber-Ausprägung so zu beschränken, daß weniger als das ausgesetzte Maximum von 10 M. auf den Kopf der Bevölkerung kommt. Es liegen so viele Thaler in der Reichsbank, daß kein Grund zur weiteren Ausprägung von Zweimark- und Fünfmarkstücken vorliegt. Herr v. Eynern spricht immer in unbestimmten Ausdrücken von der Ueberproduktion des Silbers. Warum giebt er nicht Ziffern an? Die Silberproduktion ist verhältnißmäßig viel kleiner als die Goldproduktion. Die Ansicht, daß das Silber eine Waare ist, ist schon von der Nationalökonomie vor 30 Jahren beseitigt worden. Die Depesche aus Kalkutta beweist nichts. Der Hauptfehler liegt darin, daß man dem Silber die Eigenschaft als Münzmetall genommen hat Die bimetallistische Bewegung ist eine Naturnothwendigkeit. Sie können in der Verdunkelung der Wahrheit so weit gehen, wie Sie wollen, die Noth der Zeit wird stärker sein. Ob die einberufene Währungsenquete eine Gewähr für glückliche Lösung der Frage giebt, ist doch bei der Zusammensetzung der Kommission, in der die Anhänger der Goldwährung das Uebergewicht haben, nicht sicher. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Eynern** (nl.): Ich kenne die einschlägigen Verhältnisse,

denn ich habe die bimetallistischen Schriften gelesen, auch die des Abg. Dr. Arendt. Ob das eine kurzweilige Beschäftigung ist, will ich dahingestellt sein lassen. (Heiterkeit.) Wenn England die Hand reicht, meinen die Herren, so wird der Preis des Silbers steigen. Ja, das Wenn trifft nicht zu. Der Mann, der das Wenn und das Aber erdacht, hat aus Häckerling Gold schon gemacht. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Paasche** (nl.) verliest einige Zahlen über die Silber- und Goldproduktion seit den vierziger Jahren, aus welchen hervorgeht, daß die Goldproduktion erheblich gestiegen ist, so daß man von einer Goldknappheit nicht reden könne. Ein hervorragender Geologe (Rufe rechts: Namen nennen!) hat mir geschrieben, daß die Sueß'schen Ansichten über die zukünftige Goldproduktion längst überholt sind, daß vielmehr noch recht viel Gold in der Erde ist und sein muß (Lachen rechts). Herr Arendt ist doch ein kluger Mann und sollte darüber nicht lachen. Er müßte doch wissen, daß in Südafrika noch mächtige Lager sind. Auch Professor Lexis hat neulich erst in der „Köln. Ztg." hervorgehoben, daß wir auf eine Steigerung der Goldproduktion zu rechnen haben. Ebenso hat sich Ottomar Haupt ausgesprochen. Oesterreich hat 430 Millionen an Gold den Banken entnommen, und trotzdem ist diese Abnahme in den Banken längst ausgeglichen. Eine künstliche Werthsteigerung für das Silber wird nur Frankreich zu Nutzen kommen.

Abg. **Fuchs** (Ctr.) geht zunächst auf die Schwankungen der russischen Valuta ein, die einen Vertrag mit Rußland unmöglich machten. Genau von dem Tage der Einführung der Goldwährung in Deutschland rühre die Entwerthung des Silbers her (sehr richtig! rechts). Nicht die Einführung der Doppelwährung werde ein Sprung ins Dunkle sein, die Einführung der Goldwährung sei ein Sprung ins Dunkle gewesen (sehr richtig! rechts). Man werfe überhaupt zu viel mit wissenschaftlichen Beweisen um sich, während die Währungsfrage doch von praktischen Gesichtspunkten aus beurtheilt werden müsse. Die internationale Einführung der Doppelwährung sei durch den Einspruch Deutschlands auf der Münzkonferenz gescheitert.

Abg. Dr. **Arendt** (fk.) erwidert dem Abg. v. Eynern, daß er immer den Standpunkt vertreten habe, der Bimetallismus könne ohne England durchgeführt werden.

Abg. **Brömel** (Frs. Vgg.): Die Debatte gehört nicht in dieses Haus, denn die Währungsfrage gehört in den Reichstag. Wozu eine solche Debatte in einem Einzellandtage führt, beweist die Kritik gegen die Währungsenquetekommission, in deren Zusammensetzung der preußische Landtag gar nichts dreinzureden hat. Es geht nicht an, daß von dieser Stelle aus schwere und verletzende Vorwürfe gegen eine Reichsverwaltung erhoben werden, ohne daß dieselbe sich dagegen verwahren kann und ein Vertreter der Regierung diese Vorwürfe zurückweist. In der Enquetekommission wird die Untersuchung die praktische Richtung nehmen, die Herr Fuchs verlangt. Abg. Fuchs macht sich mit seiner Praxis sehr breit. Die Herren nennen Praxis, was sie nicht beweisen, Theorie, was sie nicht widerlegen können. Abg. Fuchs hat die Entwerthung des Silbers auf den Anfang der siebziger Jahre zurückgeführt. Das war eine Zeit schwindelhafter Gründungen und schwindelhafter Preise. Die Bimetallisten führen den niedrigen Preis landwirthschaftlicher Produkte auf die Silberentwerthung zurück. Das ist ein Phantasiebild. Der Preis der Butter hat z. B. große Preisschwankungen durchgemacht und stieg oft gerade in Zeiten besonderer Silberentwerthung. (Redner beweist dies an der Hand statistischer Zahlen). Wenn auch einige Artikel in der Zeit von 1873 bis 1892 im Preise zurückgegangen sind, so sind dafür andere gestiegen, z. B. Rindfleisch von 1,13 Mark pro Kilogramm auf 1,26 Mark, Kalbfleisch von 1,05 Mark auf 1,16 Mark. Die Silberentwerthung hat mit der Preisbildung der Waaren nichts zu thun. Die bisherigen Konferenzen haben kein Mittel gefunden, den Silberpreis zu heben, und der Währungsenquete wird das wohl auch nicht gelingen. Wollten wir vollwerthige Münzen einführen, so würden wir Geldstücke erhalten, die kaum zu tragen wären. Deutschland würde bei einem Abkommen auf internationale Einführung der Doppelwährung gegenüber den anderen Gold- und Silberländern in großem Nachtheile sein. Eine künstliche Steigerung des Silberpreises würde von den Silberminen bald sehr ausgenutzt werden (Abg. Arendt: Das bestreite ich!) Die Bimetallisten hegen ja selbst diese Befürchtung, denn sie haben die Verstaatlichung der gesammten Silberproduktion auf der Erde verlangt, und Professor Wagner hat sich diesem Verlangen angeschlossen. Dieser Verstaatlichungsgedanke ist der zweite und nothwendige Theil des bimetallistischen Programms. Seine Verwirklichung bringt aber große Gefahren mit sich. Wenn Abg. Arendt den Schaden der unterwerthigen Münzen beklagt, so hätte er den Antrag stellen sollen, daß die preußischen Münzstätten nur vollwerthige Münzen ausprägen, anstatt nur einen frommen Wunsch auszusprechen. Ich bitte ihn, für diese Session genug sein zu lassen des grausamen Spiels. (Beifall links.)

Finanzminister Dr. **Miquel**: Ich hätte an sich keine Veranlassung, mich in diese interessante akademische Verhandlung des Hauses zu mischen, da keine bestimmten Anträge oder Beschlüsse zu erwarten sind. Der Wunsch des Abg. Dr. Arendt wegen der vollwerthigen Münzen war wohl nur ein Zipfel, an dem die Währungsfrage angefaßt wurde, denn daß derselbe selbst nicht daran glaubt, daß die preußische Regierung seinen Wunsch erfüllen wird, erscheint mir doch wohl zweifellos. Preußen hat sehr gern einer erneuten Prüfung der Münzfrage zugestimmt. Die Bedeutung der Enquete liegt darin, daß gegenüber den gewaltigen Veränderungen auf dem Gebiete des Münzwesens in der ganzen Welt seit 1873, gegenüber den Meinungsverschiedenheiten auf diesem Gebiete, gegenüber den vermeintlichen oder wirklichen großen Interessengegensätzen, die in dieser Frage stecken, es wieder einmal erwünscht wäre, objektiv die ganzen Thatsachen und Verhältnisse untersuchen zu lassen, und zu erwägen, ob irgend eine Aenderung in unserem Münzwesen gerathen und möglich ist, welches Ziel dabei ins Auge zu fassen und welche Mittel vorhanden sind, um dieses Ziel zu erreichen. Weder die Reichsregierung noch die preußische Regierung geht in diese Enquete hinein mit einer bestimmten vorgefaßten Meinung. Die Enquete soll uns ja gerade den Anhalt gewähren, um eventuell die richtig scheinenden Beschlüsse zu fassen. Daraus ergiebt sich, daß jeder etwaige Vorwurf, als ob die Reichsbehörde bei der Zusammensetzung der Kommission von dem Wunsch geleitet gewesen wäre, daß ihre Beschlüsse nach einer bestimmten Richtung hin sich bewegen, völlig ungerechtfertigt ist. Man hat den bestimmten Willen, in ganz objektiver Weise die Enquetekommission zusammenzusetzen. Daß es sehr schwer ist, bei der Auswahl der Personen es jedem recht zu machen, ist ganz klar. Ich persönlich würde auf die Mehrheitsabstimmungen einer solchen Kommission nur ein verhältnißmäßig geringes Gewicht legen (Sehr richtig! links). Entscheidend sollen schließlich die Resultate der Verhandlungen selbst, die Beweisführungen, und nicht eine vielleicht zufällige und formelle Abstimmung sein. Bei dieser Gelegenheit kann ich es nicht verhehlen, daß es schon an sich bedenklich ist, im Uebermaß ohne besondere Veranlassung in den Einzellandtagen, wie es jetzt Sitte ist, sich mit Reichsfragen zu beschäftigen (sehr richtig! links), und die Münzfrage ist eine reine Reichsfrage. Diese Richtung, die hier überhand nimmt, ist um so bedenklicher, als die Reden keinen bestimmten praktischen Zweck verfolgen; die Debatte hat doch schließlich keinen andern Zweck, als daß sie im besten Falle im Reichstage noch einmal stattfindet.

Abg. **v. Eynern** (nl.) entgegnet, daß die Gegner des Bimetallismus wohl ein Recht hätten, ihm Gründe hier darzulegen, da sie in der Regel als Feinde der Landwirthschaft angesehen würden, und es sei doch nöthig, zu zeigen, daß man ein Freund der Landwirthschaft und ein Gegner des Bimetallismus sein könne. Gerade in einer Zeit, als die Silberentwerthung am größten war, waren die Getreidepreise auf eine nie gekannte Höhe gestiegen.

Abg. Dr. **Paasche** (nl.) erklärt, daß sein Gewährsmann in der Frage der Goldproduktion der bekannte Geologe Professer Emanuel Kayser in Marburg sei.

Abg. Graf zu **Limburg-Stirum** (dk.): Es war nicht nöthig, solche theoretische Reden zu führen, nachdem keine Währungsenquetekommission eingesetzt worden ist. Die Herren überzeugen einander nicht, sondern es werden nur Behauptungen aufgestellt, die von der Gegenseite nicht geglaubt werden. Es kommt darauf an, was die Leute wollen. Wenn an den leitenden Stellen Europas gewollt wird, daß das Silber in sein Recht wieder eingesetzt wird, so wirds gemacht. Wir sind überzeugt, daß die frühere feste Relation des Silbers zum Gold wieder hergestellt werden kann, daß ein Goldmangel einmal eintreten wird, daß das Sinken der Waarenpreise von der Depossedirung des Silbers herrührt, und wir hegen den dringendsten Wunsch, daß in diesem Sinne vorgegangen wird. (Beifall rechts.)

Der Etat wird darauf genehmigt.

Beim Etat der Staatsarchive bemerkt

Abg. Frhr. **v. Heereman** (Ctr.): Die Archivverwaltungen in den Provinzen sind nicht liberal genug in der Zugänglichmachung der Archive. Die Archivbeamten sind dazu da, Publikationen über die Geschichtsquellen zu veranstalten, was vor allem nothwendig ist, und nicht, um Geschichtswerke in einseitigem Sinne zu schreiben. Die fortwährende Versetzung der jüngeren Beamten von einem Archiv zum andern ist ein unhaltbarer Zustand. Die Beamten müßten in einem Landestheile länger bleiben, um die Geschichte dieses Landestheils studiren zu können und in dieser Richtung thätig zu sein.

Geh. Rath **v. Sybel** (auf der Tribüne fast unverständlich) erwidert, daß die Archivbeamten nicht vorzugsweise mit Geschichtsschreibung behelligt, sondern im Gegentheil vor allem auf Quellenpublikationen hingewiesen werden, die auch zahlreich erfolgen. Ebenso liberal wie in Berlin seien auch die Archivverwaltungen in den Provinzen. Versetzungen von Beamten erfolgten nur aus dienstlichen Rücksichten.

Abg. Frhr. **v. Heereman**: Herr von Sybel wird wohl der einzige Herr sein, der glaubt, daß die Archivverwaltung in Preußen so entgegenkommend und liberal ist, wie sie es sein sollte, wie es z. B. der Vatikan ist.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.) fordert für die Staatsarchiven in den Provinzen, welche als Vorsteher der Archivverwaltungen Repräsentationspflicht haben, eine Gehaltsaufbesserung. Diese Leute hätten jetzt oft ein geringeres Gehalt als ein Subalternbeamter.

Geh. Rath **Lehnert** erklärt, daß die Finanzverwaltung die Berechtigung dieses Wunsches anerkenne, daß aber eine einzelne Beamtenklasse nicht einseitig aufgebessert werden könne.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** bittet, sobald es die Finanzlage gestatte, für die Staatsarchive zu sorgen.

Der Etat wird darauf genehmigt.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 11 Uhr. (Justizetat.)

Schluß 4 Uhr.

Herrenhaus.

4. Sitzung vom 14. Februar, 2 Uhr.

Präsident **Otto Fürst zu Stolberg** theilt mit, daß das Präsidium dem Auftrag des Hauses gemäß dem König die Glückwünsche des Herrenhauses zu seinem Geburtstage überbracht habe. Der König habe die Glückwünsche huldvollst entgegengenommen und dem Hause seinen Dank ausgesprochen.

Zu Ehren des inzwischen verstorbenen Mitgliedes v. d. Gröben erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Zu Mitgliedern der statistischen Centralkommission werden gewählt Dr. Hinschius und Oberforstmeister v. Alvensleben, und (an Stelle des Dr. Stephan) Generalauditeur Ittenbach.

Es folgt die Berathung und Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des Gesetzentwurf zur Abänderung und Ergänzung der evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen und der evangelischen Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen.

Oberbürgermeister **Struckmann** hält es für das Beste, über den Entwurf demnächst eine erste und zweite Berathung im Plenum stattfinden zu lassen und hierauf die Vorlage an eine Kommission zu verweisen.

Graf **Klinckowström** wünscht, die Generaldiskussion sofort vorzunehmen.

Präsident Fürst **zu Stolberg** hält es gleichfalls für zulässig, die Generaldiskussion sofort vorzunehmen.

Das Haus beschließt demgemäß. Die Generaldiskussion wird jedoch sofort geschlossen, da sich niemand zum Wort gemeldet hat. Die Vorlage wird an eine Kommission von 15 Mitgliedern verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr (Eisenbahnsachen).

(Schluß $2\frac{3}{4}$ Uhr.)

Deutschland.

□ **Berlin**, 14. Febr. [Staffeltarife] Es hat nur formale Bedeutung, wenn gemeldet wird, daß über die Frage der Staffeltarife noch nichts endgiltig entschieden worden sei. Der Entschluß des preußischen Staatsministeriums, auf die Staffeltarife zu verzichten, kann kaum noch bezweifelt werden. Beweisend und demgemäß auch abschließend ist, wie sich der Kaiser an den beiden Abenden, die er beim Ministerpräsidenten zugebracht, über diese Frage ausgesprochen hat. Von einer Beugung Preußens unter den Willen eines andern Bundesstaates kann bei dieser Sache doch nur gesprochen werden, wenn man entweder ein parteipolitisches Interesse an der Störung der guten Beziehungen der Bundesstaaten hat, oder wenn man sein preußisches Sonderbewußtsein zu einem ungesunden Uebermaß steigert. Die Erhaltung der Staffeltarife ist ein Interesse der Landwirthschaft des Ostens, ihre Aufhebung ist ein ebenso starkes Interesse der Landwirthschaft des Westens und Südens. Wo sich solche materiellen Gegensätze bekämpfen, wird jede Entscheidung auf der einen Seite Unzufriedenheit hervorrufen. Für die preußische Staatsregierung wird es bei ihrem Entschluß, die Staffeltarife fallen zu lassen, von ausschlaggebender Bedeutung sein, welche Wirkung davon für den russischen Handelsvertrag zu erwarten ist. Die konservativen Abgeordneten aus dem Osten haben sich derartig gegen den Vertrag gebunden, daß sie, selbst wenn sie es wollten, in der Aufrechterhaltung der Staffeltarife nicht einmal mehr die Brücke zur Annahme des Handelsvertrages gewinnen könnten. Dagegen ist auf die schwankenden Vertreter landwirthschaftlicher Interessen im Westen und Süden sehr wohl noch einzuwirken, und vielen Centrumsmitgliedern, auch manchem nationalliberalen Abgeordneten würde die Zustimmung zum Tarifvertrage mit Rußland erleichtert werden, wenn sie ihren Wählern mit dem Zugeständniß der preußischen Regierung in Sachen der Staffeltarife kommen könnten. Der Zustand ist ganz einfach so, daß die Abgeordneten aus dem Osten weder durch die Aufhebung des Identitätsnachweises noch durch die Beibehaltung der Staffeltarife zu befriedigen sind, daß dagegen die Abgeordneten aus dem Westen die Aufhebung des Identitätsnachweises, die ihnen keineswegs paßt, als durch die gleichzeitige Aufhebung der Staffeltarife ausgeglichen betrachten würden. Stehen somit taktische Erwägungen gegeneinander, so bekommt die Frage ein anderes Gesicht, wenn man ihre Wirkung auf die speziell preußischen Angelegenheiten in Betracht zieht. Von diesem Standpunkt aus spricht für die Beibehaltung der Staffeltarife, daß sie nun einmal da sind, daß sie den Produzenten im Osten und den Konsumenten im Westen gleichmäßig nützen, endlich daß ihre Aufhebung die preußischen Staatsbahneinnahmen um 5 Millionen verringern würde. Dies ist sogar noch die Mindestschätzung, und der Betrag könnte sich leicht erhöhen, wenn mit der Aufhebung des Identitätsnachweises der Getreideexport aus den Ostseehäfen den Weg über die Rheinmündungen nach dem westlichen Deutschland vorziehen sollte. Vom Eisenbahnminister Thielen heißt es in Abgeordnetenkreisen, daß er zurücktreten werde, wenn die Staffeltarife aufgehoben werden. Ob unter dem Gewicht dieser Möglichkeit die Entscheidung nicht wenigstens modifizirt wird, steht dahin.

△ **Berlin**, 14. Febr. [Gewerbegerichte.] In Schöneberg bei Berlin sind die sozialdemokratischen Kandidaten zum Gewerbegericht mit 362 Stimmen einstimmig gewählt worden. Das heißt soviel als: Die Wähler aus den bürgerlichen Parteien haben sämmtlich geschlafen, sie sind überhaupt nicht zur Wahl erschienen. Und angesichts solcher beschämenden Vorgänge wundert man sich über die zunehmende Stärke der Sozialdemokratie!

— Der Kaiser hat nach einer Berliner Meldung der „Köln. Volksztg." dem Erzbischof von Stablewski gegenüber den dringenden Wunsch auf Genehmigung des russischen Handelsvertrages und die Hoffnung auf Unterstützung der polnischen Fraktion ausgesprochen.

— Ueber das parlamentarische Diner beim Ministerpräsidenten Grafen zu Eulenburg am Dienstag Abend, an dem auch der Kaiser theilnahm, wird ausführlicher wie folgt berichtet:

Das Diner währte fast 4 Stunden. Der Kaiser war bereits vor 7 Uhr (der angesagten Stunde) erschienen. Außerdem: der Reichskanzler Graf Caprivi, Finanzminister Dr. Miquel, die Präsidenten des Herrenhauses und Abgeordnetenhauses Fürst Stolberg-Wernigerode und Wirkl. Geh. Rath v. Köller, Ober-Hof- und Hausmarschall Graf zu Eulenburg, von konservativen Abgeordneten die Grafen Kanitz, Dohna, Dönhoff, von freikonservativen Dr. von Achenbach und Graf Moltke, von Nationalliberalen v. Benda und Frhr. v. Heyl, vom Centrum Frhr. v. Huene, Prinz Arenberg u. A. Die Tafel war mit 30 Gedecken belegt. Der Kaiser saß in der Mitte der Tafel; rechts von ihm die Gemahlin des Gastgebers Gräfin zu Eulenburg, Finanzminister Dr. Miquel, links von ihm der Reichskanzler und der Wirkl. Geh. Rath v. Köller. Gegenüber hatte der Ministerpräsident Graf zu Eulenburg und der Präsident des Herrenhauses Fürst Stolberg Platz genommen. Nach Aufhebung der Tafel wurden Gruppen gebildet. Der Kaiser nahm auf einem Sopha Platz und berührte im Gespräch verschiedene Themata. Im Zusammenhang mit der Frage der Staffeltarife äußerte sich der Kaiser dahin, daß eine Aufhebung derselben sich als nothwendig erweise und hielt einen eingehenden, auf die Statistik gestützten Vortrag über die Ausdehnung eines allgemeinen Kanalnetzes über ganz Deutschland. Nach andern Berichten soll er sich u. A. mit dem konservativen Abg. Grafen v. Kanitz über landwirthschaftliche und Währungsfragen unterhalten haben, wobei er auf die Schwierigkeiten der letzteren hingewiesen und auch diesmal der festen Ueberzeugung Ausdruck gegeben habe, der Reichstag werde dem deutsch-russischen Handelsvertrag zustimmen. Nach einer weiteren Mittheilung hätte sich der Kaiser am Montag, auf dem Bierabend beim Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg, in Anwesenheit der Mehrzahl der preußischen Minister und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Frhrn. v. Marschall in sehr eingehender Unterhaltung die Gründe und Gegengründe über die Aufhebung der Staffeltarife vortragen lassen.

L. C. **Aus Pommern**, 14. Febr. Die im Stolper Kreise in beträchtlicher Auflage erscheinende konservative „Zeitung für Hinterpommern" erkennt die große politische Bedeutung einer Uebereinkunft mit Rußland an und tritt, wenn auch nur verblümt, für die Annahme des vorliegenden deutsch-russischen Handelsvertrags ein.

W. B. **München**, 14. Febr. Das Generalkomitee des landwirthschaftlichen Vereins beschloß nach mehrstündiger Berathung, an welcher Prinz Ludwig und die Vertreter aller Kreise mit Ausnahme der Pfalz theilnahmen, die Regierung zu bitten, dieselbe möchte in Erwägung, daß die Aufhebung des Identitätsnachweises für das transitirende Getreide eine ernste Gefahr für die bayerische Landwirthschaft involvire, die bayerischen Bundesbevollmächtigten anweisen, gegen eine diesbezügliche Gesetzvorlage Stellung zu nehmen, event. thunlichst eine beschränkte Giltigkeitsdauer der Einfuhrscheine und die Aufhebung der bei den gemischten Transitlägern bestehenden Zollbegünstigungen zu betreiben. Außerdem wurde beschlossen, der Regierung hinsichtlich des dem Bundesrathe vorgelegten diesbezüglichen Gesetzentwurfs zur Würdigung zu empfehlen, zur Vermeidung der Ansammlung zu großer, auf die bayerische Getreideproduktion übermäßig drückender Getreideläger an der Bestimmung festzuhalten, daß der Bundesrath ermächtigt wird, nicht nur in bestimmten Zollstellen die Abfertigung zur Ausfuhr mit dem Anspruch auf die Ertheilung von Einfuhrscheinen zu gestatten, sondern auch ebenso diese Einfuhrscheine nur an den von dem Bundesrathe bestimmten Zollstellen an Zahlungsstatt verwenden zu lassen und im Interesse der Landwirthschaft hinsichtlich der Einfuhrvollmachten darauf Rücksicht zu nehmen, daß jene Waaren, für welche die Einfuhrscheine zur Begleichung von Zollgefällen benutzt werden dürfen, im Gesetze genau bezeichnet und nur solche Artikel hierfür bestimmt werden, die den inländischen Erzeugnissen keine Konkurrenz bereiten.

Parlamentarische Nachrichten.

W. B. **Berlin**, 14. Febr. Die Budgetkommission des

Reichstages nahm gegen die Stimmen der Konservativen die Resolution Gröber an, wonach die verbündeten Regierungen wiederholt ersucht werden, eine Veröffentlichung der Statistik über die von den Militärgerichten abgeurtheilten Strafsachen zu veranlassen.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Berlin,** 12. Febr. Das ehrengerichtliche Verfahren gegen den Bildhauer Toberentz im Verein Berliner Künstler wurde jüngst vor dem Landgericht I erörtert. Herr Toberentz hatte gegen den Beschluß des Vereins, der ihm die Mitgliedschaft aberkannte, Klage erhoben. Der Gerichtshof entschied zu Gunsten des Klägers, weil keine Beleidigung des Vereins vorliege und die Ehre des Vereins in keiner Weise verletzt sei, sodaß zur Einsetzung des Ehrengerichts keine materielle Grundlage vorlag. Aus diesen Gründen wurde der gegen Toberentz gefaßte Beschluß als rechtsungiltig aufgehoben, Herr Toberentz in die Mitgliedschaft wieder eingesetzt und der Verein Berliner Künstler in die Kosten des Verfahrens verurtheilt.

* **Berlin,** 13. Febr. Die sozialdemokratische polnische Zeitung „Gazeta Robotnicza" brachte am 17. Juni v. J. einen Artikel mit der Ueberschrift „Militarismus." Der Kriegsminister stellte wegen der darin enthaltenen Beleidigungen Strafantrag gegen den Redakteur Joseph Wojczikowski und dieser hatte sich gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Die gegen das preußische Heer erhobenen Beschuldigungen waren so schwerer Natur, daß die Verlesung der Uebersetzung des Artikels unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand. Aus der Urtheilsverkündigung ging hervor, daß in dem Artikel von den Unteroffizieren behauptet war, sie ließen den Rekruten eine unmenschliche Behandlung zu Theil werden; sie seien bestrebt, den Soldaten einen thierischen Haß gegen fremde Völker und gegen ihre eigenen Landsleute der ärmeren Klasse einzuflößen u. dergl. mehr. Der Gerichtshof war der Ueberzeugung, daß der Angeklagte sich nicht nur der verleumderischen Beleidigung schuldig gemacht, sondern auch wissentlich entstellte und erdichtete Thatsachen verbreitet habe, um dadurch Staatseinrichtungen verächtlich zu machen. Bei der Gemeingefährlichkeit dieser Handlungsweise sei über die vom Staatsanwalte beantragte Gefängnißstrafe von zwei Monaten hinausgegangen und auf vier Monate Gefängniß erkannt worden.

Vermischtes.

† **Aus der Reichshauptstadt,** 14. Febr. Gegen die Verbreiter des falschen Gerüchts von dem Untergang der „Augusta Viktoria" wird die Hamburg-Amerikanische Packetfahrtgesellschaft gerichtliche Schritte einleiten. Der „Lokalanz." versucht übrigens, die „Nat.-Ztg." und die „Post" durch eine unstatthafte Berufung auf das Preßgesetz zur „Berichtigung" angeblicher Inkorrektheiten in den Mittheilungen über den Sensationsstreich des Blattes hinsichtlich des angeblichen Untergangs der „Augusta Viktoria" zu veranlassen. Das Hamburger „Fremdenbl." schreibt über die Entstehung des Gerüchts: Am Montag war an der Börse das vage Gerücht aufgetaucht, daß der Schnelldampfer „Augusta Viktoria" mit Mann und Maus untergegangen sei. Obgleich dieses Gerücht von Jedermann, der sich an der richtigen Quelle, auf dem Comptoir der Packetfahrt unterrichten ließ, sofort als ein frevelntliches Börsenmanöver erkannt werden konnte, hat es doch der hiesige Korrespondent des „Berliner Lokalanzeiger" nicht für angezeigt erachtet, sich eine zutreffende Information zu verschaffen. Vielmehr telegraphirte er seinem Blatte flottweg, daß der Dampfer mit 700 Personen an der englischen Küste untergegangen sei. Diese Alarmdepesche muß hier abgegangen sein, als bereits bekannt war, daß die „Augusta Viktoria" den Kanal glücklich passirt hatte. Einzelne Berliner Zeitungen (?) haben dem „Lokalanzeiger" die Schauermär nachgedruckt, sodaß der falsche Alarm in weitesten Kreisen geschlagen worden ist. Die „Freis. Ztg." war das einzige Berliner Blatt, welches die falsche Nachricht dementirte. Ein solcher Leichtsinn an der Berichterstattung über Hamburgische Angelegenheiten, wie sie der hiesige Korrespondent des „Lokalanzeigers" gezeigt hat, verdient öffentlich gekennzeichnet zu werden. Der Urheber des Gerüchts an der Börse ist bisher nicht entdeckt worden. Von einer Seite wird behauptet, daß dieses Gerücht direkt aus England telegraphisch importirt worden sei. Bei der Direktion der Gesellschaft sind hunderte von Depeschen eingegangen, in denen um nähere Auskunft gebeten wurde. Auch der deutsche Kaiser erkundigte sich nach dem Schicksal des herrlichen Schiffes, dessen Pathin bekanntlich die deutsche Kaiserin ist. Die Direktion hat alle die vielen Anfragen in liebenswürdiger Weise sofort beantwortet. Namentlich galt es Diejenigen zu beruhigen, die um ihre Lieben besorgt waren. In herzergreifender Weise fragte eine Mutter an, ob denn gar keine Hoffnung wäre, daß ihr einziger Sohn noch am Leben sei."

Gastspiel der Baronin von Rahden. Für das Apollo-Theater ist, wie bereits früher einmal erwähnt, ein Gastspiel der vielgenannten Schulreiterin Frau Baronin von Rahden vereinbart worden, die gegenwärtig in Paris die glänzendsten Erfolge einheimst. Bereits zu Anfang d. M. wollte Frau v. Rahden sich dem Berliner Publikum vorstellen, aber ihr Eintreffen wurde immer wieder verzögert, weil die Direktion der Folies bergères in Paris, wo sie z. B. gastirt, stets eine Verlängerung des Gastspiels durchzusetzen verstand. Jetzt ist die erste Vorstellung der Frau v. Rahden im Apollo-Theater endgiltig auf den 1. März festgesetzt worden.

Eine schlimme Ueberraschung wurde am Dienstag Nachmittag dem Inhaber eines im Centrum der Stadt belegenen Modewaarengeschäftes zu Theil. Als er gegen 6 Uhr von einem Ausgang zurückkehrte und sich in sein Privatkontor begab, fand er dort seine Kassirerin, die 23jährige Auguste H., vor dem Geldschrank stehend. Das junge Mädchen hatte eine Papierscheere in der Hand und hatte damit mehrere Hundertmarkscheine zerschnitten, wie die auf dem Fußboden umherliegenden Papierschnitzel bewiesen. Der Kaufmann versuchte die Kassirerin an dieser sonderbaren Arbeit zu hindern, erhielt jedoch wiederholt nur die Antwort, „daß sie als Millionärin doch Kupons von den Werthpapieren abschneiden dürfe und daß sie ihren Prinzipal als Hausdiener anstellen werde." Als der Geschädigte die plötzlich irrsinnig Gewordene mit Gewalt an der Zerstörung des Papiergeldes verhindern wollte, drang die Kranke auf ihn mit der Scheere ein, so daß er sich zurückziehen mußte. Mehreren durch den Lärm aufmerksam gewordenen Verkäufern gelang es, das rasende Mädchen zu überwältigen, das dann auf ärztliche Anordnung in eine Privat-Irrenanstalt geschafft wurde. Der Geschäftsinhaber hat durch das Zerschneiden von Banknoten einen Verlust von 700 Mark erlitten.

† **In Hans von Bülow** hat die musikalische Welt einen unerreichten Klaviervirtuosen, einen klassischen Interpreten Beethovens und einen Orchester-Dirigenten, der wie kein anderer zu elektrisiren und hinzureißen wußte, verloren. Hans von Bülow hat ein stetes Wanderleben geführt, sein Feuergeist trieb ihn von Ort zu Ort. Seine Absonderlichkeiten und Reden haben ihn fast ebenso bekannt gemacht wie seine künstlerischen Leistungen. Zu mancherlei Thorheiten, die oft der unfreiwilligen Komik nicht entbehrten, hat des Künstlers unruhiger Geist, seine glühende Bismarckverehrung und seine Lust, zu reden, Anlaß gegeben. Noch frisch in der Erinnerung ist sein Auftreten in der Philharmonie im März 1892, da er nach einer improvisirten „Bismarckrede", die sehr getheilte Aufnahme fand, plötzlich sein Taschentuch zog und eine sehr bezeichnende Handbewegung machte, als wolle er den Staub von seinen Stiefeln schütteln. Er ist aber trotzdem nach Berlin zurückgekehrt. An jenem Philharmonie-Abend hatte er auch die Eroica-Sinfonie dem Fürsten Bismarck gewidmet. Wenige Tage darauf dirigirte Bülow am Geburtstag des Fürsten Bismarck in Hamburg ein Konzert, bei dem auch die Eroica zum Vortrag kam. Von der letzteren war im Programmbuch ein kurzer Partiturabschnitt mitgetheilt, auf welchem die Ueberschrift „Bonaparte" ausgestrichen nnd durch „Bismarck" ergänzt war, worauf eine, den früheren Reichskanzler verherrlichende Widmung folgte. Darunter war bemerkt: „Für die Korrektur bürgt der Abschreiber Hans von Bülow, 1. April 1892." — Weiter zurück liegt Bülows Angriff auf die Berliner Intendanz, den Bülow im Jahre 1882, mit der Meininger Kapelle konzertiren, gegen den damaligen Intendanten der kgl. Theater Hülsen ausführte. Als das Publikum nach Schluß der Produktion den Dirigenten wiederholt akklamirte, erklärte Bülow, nunmehr den Krönungsmarsch aus Meyerbeers „Prophet" produziren zu wollen, damit das Publikum sich überzeuge, um wie viel prägnanter das Stück sich ausführen lasse als im „Cirkus Hülsen", wo die Oper wenige Tage früher gegeben worden war. Als ihm darauf der Eintritt in die königliche Oper verwehrt wurde, spielte Bülow bei seinem nächsten Auftreten Figaros Arie „Will der Herr Graf ein Tänzchen wagen?"

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 14. Febr. Der Eisbrecher ist heute früh mit den Dampfern Luba, Orpheus, Gauß, Adele und Tirsing von Pillau ausgegangen. Die Dampfer liegen vorläufig an der Pregelmündung und werden durch Eisstopfung aufgehalten.

Neustrelitz, 13. Febr. Das Befinden der Großherzogin hat sich durch den Hinzutritt eines Luftröhrenkatarrhs verschlimmert.

Dresden, 14. Februar. Das heute früh ausgegebene Bulletin lautet: „Seine Majestät der König haben gut geschlafen und macht die gestern berichtete Besserung weitere Fortschritte."

Prag, 14. Febr. [Landtag.] Bei der heutigen Fortsetzung der Generaldebatte über das Budget hob Hallwich die Vortheile der Erlernung beider Landessprachen hervor. Die Erkenntniß dieser Vortheile nehme unter den Deutschen zu, wogegen in den Kreisen der Czechen die Kenntniß der deutschen Sprache abnehme. Die Koalition sei nicht gegen die dermaligen Vertreter des czechischen Volkes gerichtet, sondern sei nur berufen, ohne dieselben zu wirken. Das Gelingen des Versuches, die friedliebenden Parteien unter Schonung ihres Nationalgefühls der wirthschaftlichen Thätigkeit zuzuführen, werde Oesterreich Segen bringen. Das Mißlingen dieses Versuches werde den Friedensstörern nichts nützen. Die Deutschen willigten in die Vertagung des Ausgleichs, ohne auf denselben zu verzichten, ein.

Prag, 14. Febr. [Omladina-Prozeß.] Der Staatsanwalt beantragte, 14 Angeklagte wegen Hochverraths, 40 Angeklagte wegen Ruhestörungsverbrechen, die übrigen Angeklagten wegen Geheimbündelei zu verurtheilen.

Reichenberg i. B., 14. Febr. Die Ausständigen der Teppichfabrik Ginzkey in Maffersdorf haben heute unter Verzicht auf die beschlossene Werkstätten-Organisation die Arbeit wieder aufgenommen und versprachen gleichzeitig sich der Agitation für den 1. Mai zu enthalten; die Fabrik nimmt die Arbeiter bis auf die 24 ursprünglich entlassenen wieder an.

Paris, 13. Febr. [Deputirtenkammer.] In der heutigen Sitzung wurde die Berathung über die Getreidezoll-Vorlage wieder aufgenommen. Siegfried sprach sich gegen die Zollerhöhung aus, worauf der Berichterstatter Graux erwiderte. Meline vertheidigte das Schutzzollsystem und maß die Schuld an dem niedrigen Getreidepreis der Entwerthung des Silbers bei; er wünsche deshalb die Rückkehr zur Doppelwährung. Redner schloß, der vorgeschlagene Zoll sei das einzige Mittel, um das Inland mit der ausländischen Konkurrenz gleichzustellen. Bouge richtete eine Anfrage an die Regierung über die am Sonntag am Grabe Vaillants stattgehabten Kundgebungen und beklagte sich darüber, daß die von dem Deputirten Boutant geführten Manifestanten „Es lebe die Kommune" gerufen und rothe Fahnen getragen haben. Nach dem gestrigen Attentat sei es unmöglich, solche Kundgebungen ferner zu dulden. Der Minister des Innern, Raynal, erwiderte, derartige Kundgebungen würden verboten werden. Die Regierung werde ohne Schwäche handeln und die Gesellschaft zu vertheidigen wissen. (Lebhafter Beifall.) Coutant, Sozialist, erklärte, er habe an der Kundgebung am Sonntag nicht theilgenommen. Redner brandmarkte sodann die anarchistischen Lehren. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben. — Die internationale Sanitätskonferenz beschloß in ihrer heutigen Sitzung, zwei große technische Kommissionen zu bilden, von denen die eine sich mit den sanitären Verhältnissen des Gebietes des Rothen Meeres, die andere mit der Organisation der Gesundheitspolizei im persischen Meerbusen beschäftigen soll.

Paris, 13. Febr. Wie der „Soir" meldet, hat der Kriegsminister die Bildung einer aus Eingeborenen bestehenden Saharatruppe (Kameelreiter und Fußtruppen) unter dem Kommando französischer Offiziere beschlossen.

Paris, 13. Febr. Der Verwaltungsrath der Suezkanal-Gesellschaft wählte Ferdinand v. Lesseps zum Ehrenpräsidenten. Senator Guichard wurde zum Präsidenten gewählt. Charles und Viktor v. Lesseps traten aus der Verwaltung aus.

Paris, 14. Febr. Wie der „Temps" meldet, soll der Urheber der Explosion im Terminus-Hotel, Emile Henry, im Jahre 1888 an der Sorbonne die Baccalaureats-Prüfung bestanden haben.

London, 13. Febr. Das Oberhaus nahm in dritter Lesung die Kirchspielraths-Bill an.

London, 13. Febr. [Unterhaus.] Der Kanzler der Schatzkammer, Harcourt, erklärt, es sei weder die Wiedereröffnung der indischen Münzen für freie Silberprägung, noch die Wiedereinführung des Minimalkurses für den Verkauf indischer Schatzamtstratten beabsichtigt. Ferner sei keine Einfuhrsteuer auf Silber in Indien geplant und keine Veränderung der jetzigen Politik der indischen Regierung in Aussicht genommen.

Kopenhagen, 13. Febr. Die Barke „Elisabeth Rickmers", Kapitän Lubes, aus Bremerhaven, ist gestern Nachmittag bei Havervig (Westjütland) gescheitert. Die aus 19 Mann bestehende Besatzung wurde durch den Raketenapparat gerettet.

Stockholm, 14. Febr. Der seit Sonntag Abend herrschende Sturm verursachte in mehreren Ortschaften bedeutenden Schaden und sogar Ueberschwemmungen. Eine Ortschaft Walduzh-Waldemarsvik ist zum Theil unter Wasser, bisher wurde jedoch kein Unfall von Personen gemeldet.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg."

Berlin, 15. Februar, Morgens.

Die „Nordd. Allg. Ztg." weist den Vorwurf einiger Blätter zurück, daß die deutsche Regierung von Rußland nicht die Bindung aller Positionen, welche im russisch-französischen Vertrag ermäßigt seien, erlangt habe. Von diesen Positionen seien nur diejenigen für Mineralwasser, Käse, Handschuhe und fertige Medikamente gebunden, die übrigen hätten für die deutsche Industrie wenig Werth und würden theils in Rußland billig hergestellt, theils sei Rußland kein genügendes Absatzgebiet hierfür.

Die „Nordd. Allg. Ztg." bezeichnet die Behauptung, Deutschland habe sich Rußland gegenüber zur Aufhebung des Identitätsnachweises verpflichtet, als unzutreffend. Die Aufhebung erfolgte, um lang gehegten Wünschen landwirthschaftlicher und Handelskreisen zu entsprechen. Die Maßregel sollte schon vor Jahren getroffen werden, es wurde aber wegen des Differentialzolles davon Abstand genommen. Damit erledigten sich die unpassenden Bemerkungen einiger Blätter, welche die Aufhebung des Identitätsnachweises mit dem russischen Handelsvertrage in Verbindung bringen.

Bei dem Justizminister fand gestern eine Gesellschaft statt. Anwesend waren der Unterstaatssekretär Nebe-Pflugstedt, der Direktor des Justizministeriums, Droop, die Minister Frhr. v. Berlepsch und Dr. Bosse, die früheren Minister Frhr. v. Zedlitz und Lucius, das Präsidium des Abgeordnetenhauses, die Abgeordneten Enneccerus, Sattler, Graf Ballestrem, Rintelen, Frhr. v. Huene, Mendel, Plötz, Hahn, Graf Kanitz, v. Jazdzewski, Munkel u. A.

Wie die „Nordd. Allg. Ztg." erfährt, hat Dr. Schäffler wegen unerwarteter, eingetretener Hindernisse die Berufung zur Währungs-Enquete-Kommission abgelehnt. Statt dessen ist Bankdirektor Neustadt-Mannheim berufen worden.

Orel (Rußland), 15. Febr. Die Polizei entdeckte eine Falschmünzerbande von 10 Personen und verhaftete dieselben nach langem Kampfe. Zwei Polizisten wurden dabei durch Messerstiche verwundet.

Paris, 15. Febr. Der Urheber des Attentats im Café Terminus ist der Bruder von Fortuné Henry, der augenblicklich in Clairvaux eine dreijährige Gefängnißstrafe wegen Aufreizung zum Morde abbüßt, und ein Sohn des Kommunemitgliedes Henry, der seiner Zeit in contumaciam zum Tode verurtheilt war und in Spanien starb.

Handel und Verkehr.

** **Schlesische Boden-Kredit-Aktien-Bank.** Der Vorstand schlägt der Generalversammlung wieder eine Dividende von 7 Proz. vor, sowie die Erhöhung des Aktienkapitals um 2 700 000 M. auf 10 200 000 M.

** **Pommersche Provinzial-Zucker-Siederei.** In der am 13. Februar abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrathes der Pommerschen Provinzial-Zucker-Siederei wurde beschlossen, der demnächst stattfindenden Generalversammlung nach reichlichen Abschreibungen die Vertheilung einer Dividende von 10 Proz. für das Geschäftsjahr 1893 vorzuschlagen.

** **Hamburg,** 14. Febr. Die Afrikanische Dampfschiffs-Aktien-Gesellschaft (Wörmannlinie) beschloß in der heutigen Aufsichtsrathssitzung die Dividende pro 1893 auf 5 Proz. festzusetzen. Die vorjährige Dividende betrug 3 Proz.

** **Frankfurt a. M.,** 14. Febr. Der Aufsichtsrath der „Frankfurter Bank" beschloß der am 20. März einzuberufenden Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 7 Proz. (im Vorjahre 6,3 Proz.) vorzuschlagen.

** **Antwerpen,** 13. Febr. [Wollauktion.] Angeboten 1132 Ballen Buenos-Ayres, 385 Ballen Montevideo, 505 Ballen Entrerios, 42 Ballen Zaustralische Wollen. Verkauft wurden 491 Ballen Buenos-Ayres, 199 Ballen Montevideo, 405 Ballen Entrerios, 18 Ballen australische Wollen. Preise 5 Centimes niedriger, ausgenommen Entrerios.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1894.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
14. Nachm. 2	748,7	W frisch	bedeckt ¹)	+ 2,5
14. Abends 9	749,9	WSW frisch	bedeckt	+ 1,5
15. Morgs. 7	749,4	W stark	bedeckt ²)	+ 0,2

¹) Von 8—9 Uhr Schnee. ²) Nachts und früh Schnee.

Niederschlagshöhe in mm am 14. Febr. Mittags 2 Uhr: 0,7

Am 14. Febr. Wärme-Maximum + 2,7° Cels.

Am 14. = Wärme-Minimum + 0,5° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. Febr.	Morgens	1,70	Meter
= = 14.	= Mittags	1,74	=
= = 15.	= Morgens	1,84	=

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin,** 14. Febr. **[Zur Börse.]** Die Spekulation war auch heute realisationslustig und benutzte die hohen Anfangskurse dazu, ihre Gewinne zu sichern. Dagegen war das Privatpublikum mit Kaufordres am Markt, und da Verkäufe aus diesen Kreisen nicht stattfinden, so herrscht vielfach die Ansicht vor, daß die im Verlauf der heutigen Börse eingetretene Abschwächung nur vorübergehender Natur und im Uebrigen für die gesunde Entwickelung des Verkehrs nur von Vortheil sein kann. Die Tagesspekulation schritt auch vielfach zu Blankoabgaben, namentlich in Eisenwerthen, was mit dem vorläufigen Scheitern des rheinischen Walzwerksverbandes, sowie mit gänzlich unkontrollirbaren Gerüchten von Herabsetzung der Eisenpreise in Rußland motivirt wurde. Wenn die in Fachkreisen vielfach herrschende Annahme sich bestätigt, daß der Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages und die Aufhebung der Mac Kinley-Bill einen allgemeinen Aufschwung der Industrie im Gefolge haben werden, so darf der Erwartung Raum gegeben werden, daß die Eisenindustrie, die bereits jetzt deutliche Zeichen der Besserung erkennen läßt, auch ohne Verbände sich wird heben können. Im Allgemeinen zeigte die Börse eine große Zurückhaltung in Erwartung des heute Abend zur Veröffentlichung gelangenden Abschlusses der Dresdener Bank, von dem die Spekula-

Non neue Anregungen erwartet, da man aus den Erträgnissen dieses Instituts auch auf die Abschlußziffern der anderen großen Banken zu schließen pflegt. Italiener waren anfangs sehr fest, später aber in Uebereinstimmung mit der Gesammttendenz etwas abgeschwächt. (N. Z.)

Breslau, 14. Febr. (Schlußkurse.) Fest.

Neue 3proz. Reichsanleihe 86,50 3½ proz. L.-Pfandbr. 98 60, Konsol. Türken 23 30, Türk. Loose 95 00. 4proz. ung. Goldrente 96,00, Bresl. Diskontobank 99,25. Breslauer Wechslerbank 97,00 Kreditaktien 221 85, Schles. Bankverein 112,50 Donnersmarckhütte 101,80, Flöther Maschinenbau —.—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 136 00, Oberschles. Eisenbahn 72,00, Oberschles. Portland-Zement 95,25, Schles. Zement 150,50 Oppeln. Zement 113 25, Kramsta 131,75, Schles. Zinkaktien 181,25, Laurahütte 121,60, Verein. Oelfabr. 86,50, Oesterreich. Banknoten 163,30, Russ. Banknoten 220,50, Giesel. Cement 96,25, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 91,50, Breslauer elektrische Straßenbahn 123 65

Frankfurt a. M., 14. Febr. (Effekten-Sozietät.) [Schluß.] Oesterreich. Kreditaktien 292¼, Franzosen 258⅝, Lombarden 90⅛, Ungar. Goldrente 95,80, Gotthardbahn 152,80, Diskonto-Kommandit 181 00, Dresdner Bank 136,40, Berliner Handelsgesellschaft 133,20, Bochumer Gußstahl 130,80, Dortmunder Union St.-Pr 61,50, Gelsenkirchen 148,00, Harpener Bergwerk 140,10, Hibernia 119,50, Laurahütte 121,30, 3proz. Portugiesen 20,70, Italienische Mittelmeerbahn 81,50, Schweizer Centralbahn 115,50, Schweizer Nordostbahn 105,40, Schweizer Union 76,30, Italienische Meridionaux 109,60, Schweizer Simplonbahn 55 50, Nordd. Lloyd —,—, Mexikaner 63,00 Italiener 77,60. Ruhig.

Hamburg, 14. Febr. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörse.) Kreditaktien 292,10, Lombarden 217,00, Diskonto-Kommandit 181,20, Russische Noten 220,00, Nordd. Bank —,—, Italiener 77,60, Deutsche Bank 162,20, Laurahütte —,—, Packetfahrt —,—, Dresdner Bank 137,25.

Paris, 14. Febr. (Schlußkurse.) Träge.

3proz. amortis. Rente —,—, 3proz. Rente 98,42½, Italien. 5proz. Rente 76,90, 4proz. ungar. Goldrente 94,93, III. Orient-Anleihe 69,50, 4proz. Russen 1889 99,80, 4prozent. unif. Egypter 103,47, 4proz. span. ä. Anleihe 63⅛, konv. Türken 23,52, Türken-Loose 103,75, 4prozent. Türk. Prioritäts-Obligationen 1890 477,50, Franzosen —,—, Lombarden 240,00, Banque Ottomane 604 00, Banque de Paris 615,00, Banq. d'Escomte 17,00, Rio Tinto-A. 360 00, Suezkanal-A. 2705,00, Cred. Lyonn. 776,00, B. de France —,—, Tab. Ottom. 418,00, Wechsel a. dt. Pl. 122⁷/₁₆, Londoner Wechsel k. 25,17½, Chéq. a. London 25,19½, Wechsel Amsterdam k. 206,50, do. Wien kl. 198 75, do. Madrid k. 406,75 Meridional-A. 540,00, Wechs. a. Italien 11¾, Robinson-A. —,—, Portugiesen 20,12, Portug. Tabaks-Obligat. 340,00, 3proz. Russen 84,60, Privatdiskont 2⁵/₁₆.

Petersburg, 13. Febr. Wechsel auf London 93,45, Wechsel a. Berlin 45,70, Wechsel auf Amsterdam 77,00, Wechsel auf Paris 37,7½, Russ. II. Orientanleihe 102⅛, do. III. Orientanleihe 102⅜, do. Bank für auswärt. Handel 348, Petersburger Diskonto-Bank 472, Warschauer Diskonto-Bank —, Petersb. internat. Bank 500, Russ. 4½proz. Bodenkreditpfandbriefe 153½, Gr. Russ. Eisenbahnen 275, Russ. Südwestbahn-Aktien 112½.

Rio de Janeiro, 13. Febr. Wechsel auf London 9⅝.

Buenos-Ayres, 13. Febr. Goldagio 252,00.

Bremen, 14. Febr. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumbörse.) Ruhig. Loko 4,85 Br.

Baumwolle. Schwach. Upland middl. loko 39¾ Pf.

Speck. Ruhig. Short clear middling loco 36, Februar-Abladung 36.

Schmalz. Ruhig. Wilcox 40½ Pfg., Armour shelld 40 Pf., Cudahy 41½ Pf., Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 35 Pf.

Wolle. Umsatz: 136 Ballen.

Tabak. Umsatz: 140 Seronen Carmen, 126 Packen Havannah, 32 Seronen Scrubs.

Hamburg, 14. Febr. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Febr. 13,07½, per März 13,07½, p. Mai 13,12½, per Sept. 13,05 Stetig.

Hamburg, 14 Febr. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per März 81½, per Mai 80, per Septbr. 76¾, per Dez. 72½. Ruhig, fest.

Paris, 13 Febr. (Schluß.) Rohzucker behauptet, 88 Proz. loko 35,50 a 35,75. — Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Febr. 38,37½, per März 38 50, per März-Juni 38,62, Mai-August 38,62½.

Paris, 14 Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Februar 20,50, März 20,70, per März-Juni 21,00, per Mai-August 21,30. — Roggen ruhig, per Februar 14,60, per Mai-August 14,80. — Mehl ruhig, per Februar 43,00, per März 43,50, per März-Juni 44,10, Mai-August 44,70. — Rüböl träge, per Februar 58,50, per März 58,56, per März-Juni 57,75, per Mai-August 56,00. — Spiritus fest, per Februar 36,00, per März 36,25, per März-April 36,50, p. Mai-August 37,25. — Wetter: Schön.

Havre, 14. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß unverändert.

Rio 11 000 Sack, Santos 4000 Sack Rezettes für zwei Tage.

Havre, 14 Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 101,50, per Mai 99,25, p Sept. 94,00. Ruhig.

Antwerpen, 14 Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅛ bez., 12¼ Br., per Febr. 12 Br., März-April 12¼ Br., per Sept.-Dez. 12⅝ Br. Fest.

Amsterdam, 14. Febr. Getreidemarkt. Weizen auf Termine behauptet, per März 147, per Mai 149. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine höher, per März 107, per Mai 109, per Juli 110, per Oktober 115. — Rüböl loko 24¼, per Mai 23, per Herbst 23.

Amsterdam, 14. Febr. Bancazinn 43⅜.

Amsterdam, 14 Febr. Java-Kaffee good ordinary 52¾.

London, 14. Febr. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. Wetter: Schön.

London, 14. Febr. Chili-Kupfer 41⅛, p. 3 Monat 41⁹/₁₆.

Glasgow, 14. Febr. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 sh. 6½ d.

Liverpool, 14. Febr., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 500 Ballen. Weichend.

Middl. amerikan. Lieferungen: Febr.-März 4⅛ Verkäuferpreis, März-April 4⁹/₆₄ Verkäuferpreis, April-Mai 4⁵/₃₂ Käuferpreis, Mai-Juni 4³/₁₆ Käuferpreis, Juni-Juli 4⁷/₃₂ Verkäuferpreis, Juli-August 4¹⁵/₆₄ Käuferpreis, August-Sept. 4¹⁷/₆₄ Verkäuferpreis, Sept.-Oktober 4¹⁷/₆₄ d. Werth.

Leith, 14. Februar. [Getreidemarkt.] Getreidemarkt leblos. Preise zu Gunsten der Käufer. Wetter: Frost.

Newyork, 14. Febr. Visible Supply an Weizen 79 460 000 Bushels, do. an Mais 17 000 000 Bushels.

Newyork, 13. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 7¹⁵/₁₆, do. in New-Orleans 7¼. Petroleum träge, do. in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do rohes 6,00, do. Pipeline certifik., per März 81. Schmalz Western steam 7,85, do. Rohe u. Brothers 8,25, Mais p. Febr. 42¼, do. p. März 42½, do per Mai 42⅞. Rother Winterweizen 62⅞, do. Weizen per Febr. 61⅝, do. Weizen per März 62, do. Weizen p. Mai 64⅝, Dez. 71. — Getreidefracht nach Liverpool 2⅛. — Kaffee fair Rio Nr. 7 17⅛, do. Rio Nr. 7 p. März 15,17, do. Rio Nr. 7 p. Mai 15,72. — Mehl Spring clears 2,15. — Zucker 2⅞. — Kupfer loko 9,75.

Chicago, 13. Febr. Weizen per Febr. 56, per Mai 59⅝. — Mais per Febr. 34⅛. — Speck short clear nom., Pork per Febr. 12,82.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 15. Febr. Wetter: Veränderlich.

Hamburg, 14. Febr. Salpeter loko 8,72½, März April 8,65. Träge.

Newyork, 14. Febr. Weizen per Febr. 62 C., per März 62¾ C.

Berliner Produktenmarkt vom 14. Februar.

Wind: NW., früh + 1 Gr. Reaum., 753 Mm. — Wetter: Wolkig, kühl.

Die Festigkeit, die unser Getreidemarkt gestern ganz im Gegensatz zum Ausland herausgekehrt hat, ist nur wenig nachhaltig gewesen; obwohl aus Amerika nunmehr eine mäßige Erholung gemeldet wird, zeigte sich hier heute doch von vornherein mehr Entgegenkommen des Angebots und im Verlauf ist das letztere sogar ziemlich entschieden zum Uebergewicht gelangt, so daß schließlich für Weizen wie für Roggen ungefähr die gestrige Besserung wieder verloren gegangen ist. Es dürfte dabei wohl von Einfluß gewesen sein, daß diese Besserung wieder zu Erwerbungen von La Plata-Weizen geführt hat. Hafer blieb dagegen ungefähr behauptet, weil die Deckungen fortgesetzt wurden.

Roggenmehl hat sich nicht viel verändert. Gekündigt: 300 Sack.

Rüböl war heute auf vordere Termine fester, per Herbst aber nur behauptet.

Spiritus ist unter geringen Schwankungen eine Kleinigkeit besser bezahlt worden.

Weizen loco 135—147 Mark nach Qualität gefordert, Mai 144,25—144 M. bez., Juni 145,25—145 M. bez., Juli 146,50 bis 146 M. bez., September 148,75—148,50 M. bez.

Roggen loco 120—125 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 123 M. ab Bahn bez., Februar 124 M. bez., April 127—126,25 M. bez., Mai 128,25—127,50 M. bez., Juni 128,75 128,25 M. bez.. Juli 129,25—128,75 M. bez., September 132,50 bis 132 M. bez.

Mais loko 110—119 M. nach Qualität gefordert, Febr. 110 M. nom., Mai 105,75 M. bez., Juni 106—106,25 M. bez., Juli 106,50 M. bez., Sept. 107 M. nom.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 107—180 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 135—176 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel u. guter ost- und westpreußischer 139—161 M., do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 139—162 M., do. schlesischer 139—161 M., feiner schlesischer, pommerscher und mecklenburgischer 163—172 M. ab Bahn bez., Mai, Juni und Juli 136—135,50—136,25—135,75 M. bez.

Erbsen Kochwaare 160—195 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 141—153 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 215—230 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 19,50—17,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 16,50—14,00 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,00 bis 15,25 M. bez., Februar 16,00 M. bez., März 16,10 M. bez., Mai 16,50 M. bez, Juni 16,65 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 45 M. bez., April-Mai 45,6—45,5 M. bez., Mai 45,6 M. bez., Oktober 46,3 M. bez.

Petroleum loko 18,60 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 51,8 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 32,1 M. bez., Februar 36,3 M. bez., April 36,8—36,7 bis 36,9—36,8 M. bez., Mai 37,1—37—37,2—37,1 M. bez., Juni 37,5—37,4—37,5 M. bez., Juli 37,9—37,8—37,9 M. bez., August 38,2—38,3 M. bez., Septbr. 38,4—38,6—38,5 M. bez.

Kartoffelmehl Februar 15 M. Gd.

Kartoffelstärke, trockene, Febr. 15 M. Gd.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Roggenmehl auf 16,00 M. per 1000 Kilo. (N. Z.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 40 Pf.

Bank-Diskonto		Wechselv. 14. Febr.	
Amsterdam..	5	8 T.	169,20 bz
London	3	8 T.	20,46 bz
Paris	2½	8 T.	81,20 G.
Wien	5	8 T.	163,35 bz
Petersburg..	5½	3W.	218,00 bz
Warschau	5	8 T.	218,40 bz

In Berl. 3. Lomb. 3½ u. 4. Privatd. 1⅝ bz

Geld, Banknoten u. Coupons.	
Souvereigns	20,41 G.
20 Francs-Stück	16,23 bz
Gold-Dollars	418,00 G.
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,48 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,50 bz
Oestr. Noten 100 fl.	163,40 bz
Russ. Noten 100 R.	220,10 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.		
Dtsche. R.-Anl.	4	107,75 bz
do. do.	3½	101,60 bzG.
do. do.	3	86,60 bzG.
Prss. cons. Anl.	4	107,70 G.
do. do.	3½	101,60 bzG.
do. do.	3	86,60 bzG.
do. Scrips. int.		
Sts.-Anl. 1868	4	101,80 bz
Sts.-Schld-Sch	3½	100,00 bz
Berl. Stadt-Obl	3½	98,40 bz
do. do. neue	3½	98,75 bz
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	96,50 G.
Pfandbrief: Berliner	5	115,70 bz
do.	4½	108,30 G.
do.	4	105,00 G.
do.	3½	99,20 bz
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	98,40 bzG.
Kur. u. Neu-mrk. neue	3½	99,20 bz
do.	4	
Ostpreuss	3½	97,00 bzG.
Pommer	3½	98,75 bz
do.	4	
Posensch.	4	103,20 B.
do.	3½	98,10 G.
Schls. altl.	3½	98,50 B.
do. do.	4	
ldschl Lt. A	3½	98,50 B.
do.	4	
do. neu do.	3½	98,70 G.
do. do. C.	4	
Wstp Rittr	3½	97,50 bz
do. neu I. II.	3½	97,40 bz
Renten: Pommer	4	103,80 bz
Posensch.	4	103,70 bz
Preuss.	4	103,70 bz
Schles.	4	103,70 bz
Bad. Eisenb.-A.	4	105,30 G.
Bayer. Anleihe	4	107,20 G.
Brem. A. 1892	3½	97,60 bzG.
Hmb. Sts. Rent.	3½	99,00 bzG.
do. do. 1886	3	86,20 bzG.
do. amort. Anl.	3½	98,10 G.
Sächs. Sts. Anl.	3½	101,10 bzG.
do. Staats-Rnt.	3	86,90 bzG.
Prss. Präm-Anl	3½	120,60 G.
H. Pr.-Sch. 40T	—	384,00 bz
Bd. Präm.-Anl.	4	135,80 G.
Bayr. Pr.-Anl.	4	143,90 G.

Brnsch. 20T.L.	—	106,00 G.
Cöln-M. Pr.-A.	3½	131,80 G.
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50T.-L.	3	130,25 G.
Lüb. 50T.-L.	3½	126,70 B.
Mein. 7 Guld-L.	—	26,70 B.
Oldenb. Loose	3	127,50 bz

Ausländische Fonds.		
Argentin. Anl.	5	46,00 bz
do. 1888	4½	41,00 bz
Bukar. Stadt-A.	5	94,75 bzG.
Buen. Air. Obl.	5	32,50 bzG.
Chines. Anl.	5½	103,90 G.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	97,70 G.
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	58,30 bz
Griech. Gold-A	5	30,80 G
do. cons. Gold	4	25,10 bzG.
do. Pir.-Lar.	5	28 25 G.
Italien. Rente	5	78,75 bz
Kopenh. St.-A.	3½	94,20 B.
Lissab. St. A. I. II	4	52,40 bzG.
Mexikan. Anl.	6	64,10 bz
Mosk. Stadt-A.	5	68,75 bzG.
Norw. Hyp-Obl	3½	92,25 G.
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	98 00 B.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	93,80 G.
do. do.	4⅕	94,00 bz
do. Silb.-Rent.	4⅕	93,80 bzG.
do. 250 Fl. 54.	4	146,40 bz
do. Kr 100 (58)	—	320,00 bz
do. 1860er L.	5	144,80 bzG.
do. 1864er L.	—	329,00 bz
Poln. Pf-Br. I-V	5	67,10 G.
do. do.	4½	
do. Liq.-Pf.-Br	4	65,40 B.
Port. A 88—89	—	28,40 bzG.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	103,50 bz
Röm. Stadt-A.	4	82,50 bzG.
do. II. III. VI.	4	73,00 bzG.
Rum. Staats-A.	4	83,00 bzG.
do. Rente 90	4	83,50 bzB.
do. do. fund.	5	102,10 B.
do. do. amort.	5	95,10 bzG.
Rss. Eng. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	100,00 bzB.
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	
do. 1884 stpfl.	5	
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	69,40 bz
III. Orient 1879	5	69,50 bzB.
Nikolai-Obl.	4	100,70 bz
Pol. Schatz-O.	4	93,20 bz
Pr.-Anl. 1864	5	164,90 bz
do. 1866	5	153,90 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	109,70 bzG.
do. neue	4½	104,40 bzG.
Schwedische	3½	97,00 bz
Schw. d. 1890	3½	97,00 B.
do. 1883	4	
Schw. Hyp.-Pf.	4½	102,00 bz
Serb. Gld-Pfdb.	5	75,50 bz
do. Rente	5	68,10 bzG.
do. neue 85	5	68,30 bzG.
Stockh. Pf. 85.	4½	102,80 bz
do. St.-Anl. 86	4	100,10 bz
Span. Schuld.	4	63,00 G.
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	24,60 bzG.
do. Consol. 90	4	86,40 bz
do. Zoll-Oblig	5	99,50 G.
Trk. 400 Frc.-L	—	95,25 bz
do. Eg Trib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	95,90 bz
do. Gld.-Inv.-A.	4½	102,00 B.
do. do. do.		
do. Papier-Rnt.		
do. Loose	—	257,00 bzG.
do. Tem-Bg.-A.	5	100,25 bzB.
Wiener C.-Anl.	5	106,80 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.		
Aachen-Mastr.	—	63,25 bzG.
Altenbg.-Zeitz	—	190,50 bz
Crefelder	1½	71,75 bzG.
Crefld-Uerdng	—	85,75 bz
Dortm.-Ensch.	—	119,00 bzB.
Eutin. Lübeck	—	42,70 bz
Frnkf.-Güterb.	—	65,10 G.
Ludwsh.-Bexb.	9¼	225,60 bz
Lübeck-Büch.	—	144,75 bz
Mainz-Ludwsh	—	116,00 bzG.
Marnb.-Mlawk.	—	87,25 bz
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,50 bzG.
Ostpr. Südb.	—	90,00 bz
Saalbahn	—	25,90 bz
Stargrd-Posen	4½	102,00 bz
Weimar-Gera	—	14,90 G.
Werrabahn	—	53,40 bzG.
Albrechtsbahn	2	45,10 G.
Aussig-Teplitz	—	305,00 bzG.
Böhm. Nordb.	—	155,00 bz
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	
Buschtherader	—	221,25 bzG.
Canada Pacifb.	5	70,80 bz
Dux-Bodenb	—	109,10 G.
Galiz. Karl-L.	5	104,20 G.
Graz-Köflsch.	—	
Kaschau-Od	4	89,25 G.
Kronpr. Rud.	4¾	
Lemberg-Cz	7	126,60 G.
Oester Staatsb	—	130,10 bz
do. Lokalb.	—	101,40 G.
do. Nordw.	4½	108,20 bz
do. Lit. B. Elb.	—	122,30 G.
Raab-Oedenb.	—	31,00 bzG.
Reichenb.-P	—	92,00 G.
Südöstr. (Lb.)	—	48,50 bz
Tamin-Land	0	1,40 B.
Ungar.-Galiz.	5	
Balt. Eisenb.	3	67,50 bzB.
Donetzbahn	5	114,90 bz
Ivang. Domb.	5	109,80 bz
Kursk-Kiew	12,65	
Mosco-Brest.	—	72,10 G.
Russ. Staatsb.	6,56	150,00 bzG.
do. Südwest.	5,45	77 00 G.
Wrsch.-Teres.	5	108,90 bz
Wrsch.-Wien.	—	236,70 bzB.
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd	—	100,50 bz
Gotthardbahn	—	156,50 bz
Ital. Mittelm.	5	82,60 bz
Ital. Merid.-Bah	7⅕	110,40 bz
Lüttich-Lmb.	—	34,40 bzG.
Lux. Pr. Henri	—	64,50 bzG.
Schweiz. Centr	—	119,40 bz
do. Nordost	—	109,25 G.
do. Unionb.	—	80,00 bzG.
do. Westb.		
Westsicilian	3⅗	51,60 bzG.

Eisenb.-Stamm-Priorität.		
Altdm. Colberg	4⅘	112,60 bzG.
Bresl.-Warsch	1³/₂₀	62,00 bzG.
Czakat.-St.-Pr.	5	105,30 G.
Dux-BodnbAB	—	
Paul.-Neu-Rup	5½	112,25 bz
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	—	
Dortm.-Gron.	4½	119,90 bzG.
Marienb Mlawk	—	115,50 bzG.
Mecklb. Südb.	—	55,80 bzB.
Ostpr. Südb.	—	113,25 bzG.
Saalbahn	—	94,90 bz
Weimar-Gera	—	86,75 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.		
Bresl-Warschauer Bahn	5	104,75 G.
Gr Berl. Pferde Eisenbahn	4	
Oberschl.	3½	
do. (StargPos)	4	
Ostpr Südbahn	4½	104,00 bzG.
do. do.	4½	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	102,20 bzG.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-Prag G-Pr	4	100,70 G.
do. 1891	4	100,70 G.
Franz.-Josefb.	4	94,00 G.
Gal K Ludwgbg	4½	
do. do. 1890	4	93,25 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	98,60 G.
KronpRudolfb.	4	93,50 bzG.
do. Salzkammg	4	101,60 bz
LmbCzern. stfr	4	92,40 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt. g.	3	86,20 G.
do. Staats-I. II.	5	109,00 bzG.
do. Gold-Prio.	4	101,50 B.
do. Lokalbahn	4	100,30 G.
do. Nordwestb.	5	104,20 G.
do. NdwB. G-Pr	5	108,60 G.
do. Lt. B. Elbth.	5	103,40 G.
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	69,90 B.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Raab Gld-Prior		
Südöst-B. (Lb.)	3	62,40 bzG.
do. Obligation.	5	102,75 bzG.
do. Gold-Prior.	4	97,75 bz
Baltische gar.	5	101,60 G.
Brest-Grajewo	5	101,75 bz
Gr. Russ. Eis. gar	3	85,20 G.
Ivang.-Dombr. g.	4½	103 60 G.
Kozlow-Wor. g.	4	95,75 bz
do. 1889	4	96,00 bzG.
do. Chark. As. (O)	4	96,40 bz
do. (Oblig.) 1889	4	96,75 bz
Kursk-Kiew conv	4	96,60 bzG.
Losowo-Sebast.	5	
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	91,60 G.
do. Rjäsan gar.	4	96,80 G.
do. Smolensk g.	5	102,40 bz
Orel-Griasy conv	4	95,75 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	95,90 bz
Rjaschk-Morcz. g	5	102,50 bz
Rybinsk-Bolog.	5	96,90 bz
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	98,80 bz
Transkaukas. g.	3	
Warsch.-Ter. g.	5	104,00 bzB.
Warsch.-Wienn.	4	101,25 bz
Wladikawk. O. g.	4	98,75 bzG.
Zarskoe-Selo	5	93,60 G.
Anatol. Gold-Obl	5	88,85 bzG.
Gotthardbahnov.	4	103,25 bzB.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	74,00 bzG.
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	51,25 bzG.
Süd-Ital. Bahn	3	53,10 bzG.
Serb. Hyp.-Obl.	5	70,50 bzG.
do. Lit. B.	5	63,50 G.
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	96,70 bzG.
Northern Pacific	6	107,50 G.
San Louis-Franc.	6	88,00 bz
Southern Pacific	6	104,60 G.

Hypotheken-Certifikate.		
Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	113,25 B.
do. do. II.	3½	108,10 bz
do. do. III. abg.	3½	99,10 G.
do. do. IV. abg.	3½	99,10 G.
do. do. V. abg.	3½	95,10 B.
do. Hp. B. Pf. IV.-V. VI.	5	111,50 G.
do. do.	4	102,40 bzG.
do. do.	3½	95,50 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 bz
do. do. (unkünd. bar bis 1./1. 1900)	4	102,75 bz
do. do (rz 100)	3½	94,10 bz
MeiningerHyp.-Pfdb.	4	101,25 bzG.
do. Pr.-Pfdbr.	4	127,80 bz
pomm. Hypoth.-Akt. B-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,00 G.
P.B.-Cr. unkb (rz 110)	5	113,75 G.
Pf. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	107,75 G.
do. do. (rz. 115)	4½	115,50 G.
do. do. X (rz. 110)	4½	112,00 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,90 bzG.
Pr. Cent.-P (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100)	3½	96,25 bzG.
do. do. künb. 1900	4	103,00 bzG.
Pr. Centr.-Pf Com-O	3½	96,00 bzG
Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	110,50 G.
do. div. Ser. (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100)	3½	95,30 bzG.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	101,60 bz
do. do. do.	3½	96,25 bz
Schles. B. Cr. (rz. 100)	5	
do. do. (rz. 100)	4½	
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4½	105,80 G.
do. do. (rz. 110)	4	102,50 G.
do. do. (rz. 100)	4	101,30 bzG.

Bankpapiere.		
B. f. Sprit-Prod. H	3	70,10 bzG.
Berl. Cassenver.	4½	128,30 G.
do. Handelsges.	6	137,00 bz
do. Maklerver.	8½	115,75 bzG.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	6½	
Bresl. Disc.-Bk.	5	100,00 bz
do. Wechslerbk.	4½	97,10 G.
Danz. Privatbank	7⅓	
Darmstädter Bk.	5¼	
do. do. Zettel	3,70	100,25 G.
Deutsche Bank	8	165,25 bzG.
do. Genossensch	4⅚	111,25 bzG.
do. Hp. Bk. 60 pCt	7	118,40 bzG.
Disc.-Command.	6	185,20 bz
Dresdener Bank	7	140,40 bz
Gothaer Grund-creditbank	3½	87,80 G.
Internat. Bank		
Königsb. Ver.-Bk	5	99,50 G.
Leipziger Credit	8½	175,00 bzG.
Magdeb. Priv.-Bk	5	111,10 G.
Maklerbank	5	108,50 bzG.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	135,10 bzG.
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.	6	110,10 bzG.
Mitteld. Crdt.-Bk.	4½	97,00 bzG.
Nationalbk. f. D.	5	110,75 bz
Nordd. Grd.-Crd.	1	96,50 bz
Oester. Credit-A.	9¹/₁₅	
Petersb. Disc.-Bk	6	
do. Intern. Bk.	10	
Pomm. Vorz.-Akt	6	115.50 bzG.
Posen. Prov.-Bk.	4½	
Pr. Bodencr.-Bk.	7	126,10 bz
do. Cnt-Bd 60 pCt	9½	158,60 G.
do. Hyp.-Akt.-Bk.	—	123,00 G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	—	104,30 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	220,00 bzG.
do. Leihhaus	—	93,00 G.
Reichsbank	6,88	151,75 bzG.
Russische Bank	8	94,30 bzG.
Schles. Bankver.	—	112,25 bzG.
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.		
Allg. Elekt.-Ges.	8¼	145,00 bzG.
Anglo. Ct. Guano	11¾	
Bauges. Berl.-Charl.	7,8	779,00 G.
Bauges. City St.-Pr.		
Bauges. Dtsche. Bau	—	76,25 bzG.
Bauges. Hann.-St. P.	—	72,50 bz
Bauges. Humb.	6	
Moabit	—	134,00 bzG.
Passage	—	71,50 bzG.
U. d. Linden	—	
Berl. Elekt.-W.	8½	158,50 bzG.
Berl. Lagerhof	—	89,75 bzG.
do. do. St.-Pr.	—	117,75 B.
Ahrens Br., Mbt.	0	47,00 G.
Berl. Bock-Br.	0	53,00 bzG.
Schultheiss-Br.	15	236,70 bzG.
Bresl. Oelw.	4½	87,75 G.
do. Sprit-A.-G.	7	105,00 bzG.
Deutsche Asph.	—	82,00 B.
Dynamit Trust.	10	133,60 bzG.
Erdmannsd. Sp.	—	90,00 B.
Fraust. Zucker	7	124,20 bzB.
Glauz. Zucker	3⅔	112,50 bzG.
Gummi HarWien	25	289,00 bzG.
do. Schwanitz	—	181,00 G.
do. Voigt Winde	—	134,50 bzG.
do. Volpl. Schldt.	—	94,75 G.
Hemmoor Cem.	—	109,90 bz
Köhlm. Strk.	14	216,00 G.
Körbisdf. Zucker	2½	106,25 B.
Löwe & Co.	—	270,00 bzG.
Bresl. Linke	—	157,75 bzG.
do. Hofmann	—	142,25 B.
Germ. Vrz.-Akt.	4½	69,75 bzG.
Görlitz Körn.	7	129,00 bzG.
Görl. Lüdr.	9	146,00 bz
Grusonwerk		
H. Pauksch	3	83,00 bzG.
Schwarzkopff	15	241,25 bzG.
Stettin-Vulk.-B.	—	107,00 bz
Sudenburg	—	163,90 bzB.
O.-Schl. Cham.	—	70,00 bzB.
do. Portl.-Cem.	—	95,50 bzB.
Oppeln. Cem.-F.	4½	114,00 bzG.
do. (Giesel)	—	95,50 bzB.
Gr. Berl. Pferdeb.	—	245,00 bzG.
Hamb. Pferdeb.	4	97,75 B.
Potsd. ov. Pferdb.	—	96,50 bzG.
Posen. Sprit-F.	5	
Rositzer Zucker	—	73,50 bzG.
Schles. Cement	—	148,50 bzG.
Stett. Bred. Cem.	—	
do. Chamott.	—	199,00 bzG.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	7	119,00 G.
Berzelius.	—	119,50 bz
Bismarckhütte	8	160,00 bzG.
Boch. Gusst.-F.	3½	130,75 bz
Donnersmarck.	—	100,00 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	30,00 bzG.
Gelsenkirchen	9	152,10 bz
Hibernia	5½	123,00 bzG.
Hörd. St.-Pr.-A.	0	28,00 bzG.
Inowracl. Salz	1	45,00 bz
König u. Laura	3	121,50 bzB.
Lauchham. ov.	4½	106,00 bzG.
Louis. Tief. St.-P.	4	100,90 bz
Oberschl. Bed.	½	73,25 bzG.
do. Eisen-Ind.	4½	104,50 bzG.
Redenh. St.-Pr.	0	7,50 bz
Riebeck. Mont.	11	162,10 bzG.
Schles. Kohlw.	0	29,50 bzG.
do. Zinkhütte	15	180,75 bz
do. do. St.-Pr.	15	181,50 bzG.
Stolb. Zink-H.	1	35,00 bzG.
do. St.-Pr.	6	102,30 G.
Tarnowitz ov.	3½	50,75 bzG.
do. do. St.-Pr.	0	18,75 bzG.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.